

Vereine stärker einbinden

DEBATTE Welche Ideen Kreisräte für mehr Zusammenhalt in der Region haben.

VON MARTIN WALTER

WEISSENFELS/ZEITZ/MZ - Den Sport-, Musik- und Kunstunterricht an Vereine übertragen und diese dafür finanziell unterstützen? Das hält der Naumburger Benjamin Bossone, der im April zur Oberbürgermeisterwahl in der Kreisstadt antrat, für eine gute Idee, würde das doch sowohl die Vereine als auch das soziale Engagement der Schüler stärken. Hinzu komme, dass diese Unterrichtsfächer auch häufig ausfallen würden.

Unwiderrspochen blieb dies freilich nicht, war aber auch nur einer von zahlreichen Vorschlägen, die Teilnehmer einer Online-Diskussion am Donnerstag unterbreitet haben, um die Demokratie und den sozialen Zusammenhalt im Burgenlandkreis zu stärken. Denn ein positives Demokratieverständnis und ehrenamtliches Engagement gehen oft Hand in Hand, wie die Ergebnisse einer Umfrage im Burgenlandkreis Anfang des Jahres nahelegen. Diese wurde im Auftrag der Koordinierungs- und Fachstelle „Demokratie leben!“ von der Hochschule Merseburg durchgeführt (die MZ berichtete) und nun öffentlich vorgestellt.

Wenngleich die Auslagerung von Unterrichtsfächern an Vereine keine Zustimmung fand, waren sich die Teilnehmer einig, dass diese mehr unterstützt werden müssen. Das Problem sieht das SPD-Mitglied und Kandidat zur Bundestagswahl, Jens Wojtyschak, unter anderem darin, dass es je nach Gemeinde unterschiedliche Konditionen gibt und die Menschen in Nachbargemeinden ausweichen, wenn die Mitwirkung in Vereinen dort günstiger ist. Er schlägt deshalb vor, die Vereinsförderung aus den Händen der Kommunen an den Landkreis zu geben, um einheitliche Bedingungen zu schaffen.

An sich seien Vereine die beste Möglichkeit, um verschiedene gesellschaftliche Gruppen zusammenzubringen und deren Austausch zu fördern. „In Fußballvereinen spielen die Menschen auf dem gleichen Rasen und schießen vor den gleichen Ball“, wie Jens Wojtyschak anmerkte. Doch ist das vorwiegend bei Sportvereinen der Fall. Denn die Umfrageergebnisse zeigen auch, dass sich vor allem Menschen mit höheren Bil-

dungsabschlüssen ehrenamtlich engagieren. Ein Konsens herrschte deshalb darüber, dass man in den Schulen nicht früh genug damit beginnen könne, das Demokratieverständnis zu stärken und die Schüler über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten zu informieren. Auch über das Kommunalrecht sollte bereits im Sozialkundeunterricht aufgeklärt werden, schlug Benjamin Bossone vor.

Davon hätten selbst die meisten Erwachsenen zu wenig Kenntnis und wüssten beispielsweise nicht, dass sie auf kommunaler Ebene Bürgerbegehren und -entscheide initiieren können. Diese Möglichkeiten sollten laut Benjamin Bossone auch genutzt und ausgeweitet werden, beispielsweise wenn sich Gemeinderäte bei Entscheidungen nicht einigen können. Gerade auf dieser Ebene sei die Mitwirkung der Bürger wichtig, denn „der Staat ist weit weg, die Kommunen sind näher.“

Zwar ist die Zustimmung der Menschen zur politischen Arbeit auf der Gemeindeebene ein wenig höher als auf den übergeordneten Ebenen, doch würden die Bürger auch dort „ein Kommunikationsdefizit“ wahrnehmen, wie es der Studienleiter Professor Dr. Heinz-Jürgen Voß formulierte. Diese Erfahrung habe er indes selbst gemacht. Denn vor der öffentlichen Diskussion gab es bereits eine Online-Vorstellung der Studie, zu der er alle Kreisräte zweimal eingeladen habe. „Es gab nur wenig Rücklauf“, so Heinz-Jürgen Voß. Daran teilgenommen haben letzten Endes jeweils nur ein Vertreter der SPD, Linken und Grünen.



„Der Staat ist weit weg, die Kommunen sind näher.“

Benjamin Bossone
Betriebskontrolleur
FOTO: TORSTEN BIEL

Leuna erhält Auszeichnung

ENERGIE Umweltministerin übergibt bundesweite Würdigung.

VON LAURA NOBEL

LEUNA/MZ - Die Agentur für Erneuerbare Energien hat die Stadt Leuna als Energiekommune des Monats April ausgezeichnet. Am Freitag übergab Sachsen-Anhalts Umweltministerin Claudia Dalbert gemeinsam mit der Präsidentin des Landesverbandes Erneuerbare Energie, Julia Brandt, und dem Geschäftsführer der Landesener-

gieagentur Sachsen-Anhalt die Urkunde. Bürgermeisterin Dietlind Hagenau nahm die bundesweite Auszeichnung mit weiteren Vertretern der Stadt sowie des Stadtrates entgegen. „Gerade hier in Sachsen-Anhalt merken wir die Klimakrise durch Stürme, Hochwasser und Dürre stark“, sagte Umweltministerin Dalbert. Kommunen seien wichtige Akteure, um die Klimakrise zu bekämpfen. Sie lobte die Stadt Leuna, die schon seit 2010 „mit Herzblut“ dabei sei, verschiedene Maßnahmen zu realisieren. Dazu gehört unter anderem der Aufbau einer städtischen Ladeinfrastruktur, mit der die Stadt in den vergangenen Jahren begonnen hat.